

# Ottendorfer Zeitung

Vokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Dkrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Frachtposten. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 RM. Alles weitere über Nachschlag usw. laut ausliefernder Anzeigenpreisliste. Anzeigen-Nachnahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachschlagsanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Behörde zu Ottendorf-Dkrilla und des Finanzamtes zu Rabenberg.

Postfachkonto: Dresden 15488.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Kühle, Inh. Georg Kühle, Ottendorf-Dkrilla.

Girokonto: 551. — Fernruf: 231.

Nummer 7

Dienstag, den 16. Januar 1940

39. Jahrgang

## England beutet seinen Bundesgenossen aus Gektern so — heute so

Britische Politiker sind wandelbar — Lord Lothian einst und jetzt

In der letzten Zeit häuften sich die Anschuldigungen, daß die englische Wirtschaftspolitik insofern und inwiefern zu den französischen Wirtschaftspolitik einzuordnen, wie sie auszuführen. Die englische Wirtschaftspolitik ist offenbar nicht damit die französischen Soldaten in einen Krieg zu führen, sie scheut auch nicht davor zurück, während dieses Krieges Frankreich wirtschaftlich auszunutzen. Schon der Abschluß der englisch-französischen Wirtschaftskartelle ist jedem objektiven Beobachter deutlich, daß England es reichlich versteht, die französische Wirtschaft sich selbst nachher zu machen. Diese Tendenz läßt sich nunmehr auch an Einzelheiten nachweisen. Besonders überzeugend dürfte in dieser Hinsicht die Tatsache wirken, daß englische Wirtschaftspolitik offenbar mit finanzieller Unterstützung 2 Millionen Pfund in französischen Eisenwerke investieren wollten. Es ist geplant, eine englische Verwaltungsgesellschaft in Nancy einzurichten, um von dort aus immer härter im Westen von Belgien und Luxemburg zurückzuführen. Die Engländer werden wahrscheinlich diese Bestrebungen damit begründen, daß sie der französischen Wirtschaftspolitik Geld einbringen, um sie zu unterstützen; in Wahrheit steht aber das britische Wirtschaftsministerium hinter diesen Maßnahmen. Die Franzosen werden am Ende des Krieges schließlich müssen, daß in der gleichen Zeit, in der der Polin an der Front kämpfte, die Wirtschaft des Hinterlandes von den eigenen Bundesgenossen ausgebeutet worden ist.

### England in Devisennot

Oberst Kiewitza hatte angekündigt, daß der Staat alle im englischen Wirtschaftsleben ausländischen Effekten gegen Staatsanleihen in seinen Besitz nehmen wolle. Zu diesem Vorhaben hat Kiewitza vor Vertretern der Presse, für die Beschlagnahme der Einfuhr, nämlich Zahlung in Barrenform, während drei Wege offen, nämlich Zahlung in Barrenform, durch Gold oder durch ausländische Effekten. Die Beschlagnahme ausländische Effekten würden diese bald an das Schatzamt im Austausch für Kriegsanleihen oder andere Staatspapiere abgeben müssen.

### Finnischer Hilfskreuzer von Russen torpediert

Der finnische Hilfskreuzer „Auro“ wurde am Sonnabend im Botnischen Meerbusen von einem russischen U-Boot torpediert. Er sank innerhalb von fünf Minuten. Die meisten Mitglieder der Besatzung wurden von einem schwedischen Dampfer gerettet. Der Kapitän und der Erste Steward gingen mit dem Schiff unter.

### Wärm die argentinisch-nordamerikanischen Handelsvertragsverhandlungen scheiterten

Das argentinische Außenministerium veröffentlicht ein ergänzendes Kommuniqué über die näheren Zusammenhänge des Scheiterns der argentinisch-nordamerikanischen Handelsvertragsverhandlungen, die nicht nur in Wirtschaftsfreien harte Bestimmungen ausgeübt hat.

Wenn auch in konsilianter Form, so wird doch die Schuld daran der einseitigen Protektionismuspolitik der USA zugeschrieben. Seit Weltkriegsbeginn sei es für Argentinien immer schwieriger geworden, den Gütertausch mit den Vereinigten Staaten als dem größten Verbrauchsmarkt befriedigend zu regulieren. Die Diskrepanz erreichte sich klar aus der Zahlungsbilanz des letzten Jahres. Der argentinische Export nach USA betrage 183 Millionen Dollars, wogegen Nordamerika für 250 Millionen nach Argentinien exportiert habe. Dazu kämen noch zu Lasten Argentinien 63 Millionen für Schuldenzinsen und andere Leistungen. Der Passivsaldo betrage somit 130 Millionen.

Nachdem Washington zu verstehen gegeben habe, daß es an einer Neuregelung des Wirtschaftsverkehrs interessiert sei, sei Argentinien entgegengekommen, soweit möglich, unter Ausschaltung aller doktrinarer Gesichtspunkte. So habe, angesichts des Widerstandes nordamerikanischer Agrarinteressen Argentinien freiwillig verzichtet auf den Export von Fischweilich. Ferner sei es bereit gewesen zu Zollsenkungen für USA-Produkte, obwohl seine Zollmaßnahmen dadurch um sieben Millionen verringert würden. Trotz dieser Konzessionen hätten sich die Verhandlungen zerschlagen, weil Nordamerika seinerseits nicht unbedingte gegenüber den berechtigten Wünschen hinsichtlich der Behandlung spezieller argentinischer Produkte geworden sei. Damit sei die Absicht Argentinien vereitelt worden, durch Verhandlung nach den Vereinigten Staaten einen freieren laufenden Handelsaustausch einzuleiten.

### Großer Hafenbrand auf Insel Java

Zu dem schweren Brand im Hafen von Surabaya berichtet das Amsterdamer „Handelsblad“, daß es sich um den größten Brand handelt, durch den die Stadt jemals betroffen wurde. Der Brandherd habe eine Oberfläche von mehreren 10.000 Quadratmetern gehabt. Die Feuerwerke beschränkte sich darauf, daß Weiterumhüllungen des Feuers zu verhindern. Große Mengen von Baumwolle, Tabak, Holz, Alpinat und Pappe sind in den verbrannten Lagerhäusern vernichtet worden. Der Schaden wird auf viele Millionen Gulden geschätzt.

Die Deutsche diplomatische Information schreibt: Lord Lothian der jetzige Botschafter Großbritanniens in Washington und frühere Privatsekretär Lord Georges — damals trug er noch den Namen Philip Kerr — hat vor wenigen Tagen in Chicago eine Rede gehalten, in der er unter offenkundigem Mißbrauch eines Sakrements in einem neutralen Lande britische Propaganda machte und den Amerikanern Ratschläge für ihre politische Haltung gab. Das lausche Ergebnis dieses Krieges, das nämlich auf alle Fälle England nicht mehr die führende Seemacht sein wird, sondern Amerika, verlagert er hinter einer Schmeichelei an die Adresse Amerikas: Die Seemacht sollte in den Händen der Demokratien und nicht in den Händen einer Macht liegen.

Die Ideale des Völkerbundes könnten nur dann zum Erfolg geführt werden, wenn alle Mitglieder Demokratien seien. England kämpfte für den Grundgedanken, Wohlstand und Frieden nicht durch brutale Gewalt unterdrücken zu lassen. Die Engländer glaubten nicht, daß sie ein Monopol auf die Tugend besitzen, aber sie seien sicher, daß sie recht im Recht seien.

Diese Rede befindet sich in einem interessanten Gegensatz zu Einlassungen, denen Lord Lothian im nationalensozialistischen Deutschland nicht Unbekannter, in den letzten Jahren Ausdruck gegeben hatte. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang aufzuführen eine Rede, die Lothian am 2. April 1936, also kurz nach der Besetzung des Rheinlandes durch die deutschen Truppen vor dem Royal Institute of International Affairs gehalten hat. Er erklärte damals wörtlich:

„Man kann nicht militärische Bündnisysteme derart, wie sie Frankreich aufgerichtet hat, zu Trägern des kollektiven Friedens in Europa ausbauen, wenn der Hauptzweck aller dieser Bündnisse die militärischen mit der kollektiven, die Verhinderung der Revisionen ist. Großbritanniens jedenfalls würde an einem solchen System nicht teilnehmen.“

Die englische Politik, die zum Krieg führte, bestand aber gerade darin, zur Verhinderung eines vernünftigen Eintrags in der deutsch-polnischen Beziehungen in ganz Europa ein Eintragsbündnis zu errichten und schließlich zum Krieg für die Verhinderung einer gerechten Revision zu arbeiten.

Lord Lothian war also ein schlechter Prophet, als er in seiner Rede erklärte:

„Die britische öffentliche Meinung will nichts von einem Krieg wegen der Dinge wissen, von denen Frankreich denkt, sie seien so wesentlich, daß man zum Kriege schreiten müsse, zu einem Krieg, der tatsächlich seinen anderen Zweck hätte, zu einem britische Ausbeutung zu verhindern oder gar die eigene Übermacht zu behaupten.“

England ist gerade zur Verhinderung jener Revision in den Krieg getreten, die von allen einseitigen Engländern längst als selbstverständlich und unausweichlich bezeichnet worden war: Hören wir, was Lord Lothian darüber im Jahre 1936 zu sagen hatte: „Wir würden nicht in den Krieg ziehen wegen jener osteuropäischen Fragen, die uns tatsächlich nichts angehen. Europa verlangt von uns die Teilnahme an einem demagogischen kollektiven Sicherheitsplan, das keinen anderen Zweck hat, als eine gerechte Lösung dieser osteuropäischen Fragen zu verhindern und den Status quo gewaltsam aufrechtzuerhalten.“

Lothian stellte in seiner Rede von 1936 eine Reihe von Punkten auf, die einen wirklichen Frieden sichern könnten:

1. In Desterreich soll ein Plebiszit stattfinden, das sich über das Ergebnis empöre.

2. Lord Lothian verlangte 2. eine Regelung über die Zukunft von Memel. Als aber Memel im März 1939 auf Grund einer friedlichen Vereinbarung mit Litauen und ohne Unterbrechungen zum deutschen Mutterlande zurückkehrte, da war es England, das sich darüber empörte.

3. Lord Lothian verlangte wörtlich folgendes: „Die polnische und die deutsche Regierung sollen sobald wie möglich zu einer Aussprache über die Zukunft von Danzig und die Schaffung einer Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und Ostpreußen eingeladen werden.“ In Wirklichkeit aber war es gerade die britische Regierung, die eine solche Aussprache über die Zukunft Danzigs und des Korridors dadurch verhindert hat, daß sie Polen, das jedes Einigenkommen ablehnte, in seinem unangenehmen Status quo garantierte und damit den Krieg unausweichlich machte.

Am Gegenlag zu dieser britischen Politik hat Lothian noch im Mai 1937 in einem Kulkoff erklärt: „Wenn Deutschland und seine Alliierten nach einem Band nach britischem oder amerikanischem Vorbild begründen könnten, würde das ganze wirtschaftliche Problem des Tages seiner Lösung ganz ganz bedeutend nähergekommen sein.“

Die gegenwärtige britische Regierung wird also heute in Amerika von einem Mann vertreten, dessen Grundansichten noch vor kurzer Zeit sich im diametralen Gegensatz zu der Politik dieser Regierung befanden.

Dies ergibt sich auch insbesondere aus einem Vortrag, den Lord Lothian am 24. März 1938, also kurz nach der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, ebenfalls vor dem Royal Institute of International Affairs gehalten hat. Eine Blütenlese seiner damaligen Äußerungen ist ein interessanter Kommentar und eine wirksame Widerlegung seiner künftigen Ausführungen in Chicago. Ein Satz in jener Rede, so sehr für einen Mann, der sehr schlechte Ratgeber: „Für die USA und für die Welt ist die Erklärung für keine eigenartige Schwankung; offenbar haben nunmehr Jurist und Hof ihm den einig so klaren Bild geteilt. Wenn er heute die Demokratien als ein Allzweckmittel bezeichnet, so war er 1938 vernünftiger.“

„Glauben Sie mir: Demokratien können ebenso verückt in der Außenpolitik werden wie irgend jemand sonst, besonders wenn sie vier Jahre lang durch Kriegspropaganda beeinflusst worden sind.“ Lothian bezeichnet in dieser Rede die ganze Epoche seit Ausbruch und seit Ende des Weltkrieges als ein Ergebnis des Konfliktes zwischen denen, die man die rechtzeitig Revolucionen nennt und den Zu spät gekommenen, zwischen den Besitzenden und den Habenichtsen. Deutschland sei damals wie jetzt ein Zu spät gekommenen gewesen. „Die ganze Nachkriegspolitik der Alliierten, der kleinen Nationen, Frankreichs, der großen Mächte, war ein Versuch, eine der vitalen Kräfte der Geschichte aufzuhalten“, nämlich den Nationalsozialismus. Der deutsche Fall: „Ein Volk, ein Reich“ ist „Nationalsozialismus, der gegen einen ungenügenden Status quo protestiert.“ Italien ist ein einiges Volk und Frankreich ein einiges Volk, und jede andere Rasse in Europa ist ein einiges Volk mit Ausnahme der Deutschen.“

Und schließlich äußerte sich Lord Lothian in verbindlicher Weise zur Kriegsschuldfrage des kommenden Krieges:

„Wenn ein neuer Krieg kommt und seine Geschichte einst geschrieben wird, so wird der objektive Historiker in hundert Jahren nicht sagen, daß Deutschland allein für ihr veranwortlich war, selbst, wenn es den ersten Schlag führt, sondern daß diejenigen, die die Welt zwischen 1918 und 1937 in Unordnung brachten, einen großen Teil der Verantwortung für ihn tragen.“

Derselbe Lord Lothian, der noch vor kurzem so vernünftig und einseitig war, scheint den Kopf völlig verloren zu haben. Angesichts eines Krieges, der durch die englische Weigerung, eine notwendige und gerechte, überdies sehr begrenzte Revision zuzulassen, entzündet ist, ein Krieg, in dem nicht Deutschland den ersten Schlag gegen England, sondern England den ersten Schlag gegen Deutschland geführt hat, möchte Herr Lothian in Erinnerung an seine bessere Einsicht entweder dieser Einsicht Ausdruck geben, dann aber freilich wahrscheinlich seinen Vorken in Washington aufgeben, oder doch zum mindesten schweigen. Wenn er aber Reden hält, wie die obengenannte in Chicago, so sind es propagandistische Konzessionen an sein Amt, nicht Ausdruck dessen, was Philipp Kerr alias Lord Lothian in seinen guten und unabhängigen Jahren einen Namen in der Welt gemacht hat: Die Unerschlichkeit des Willens und die Objektivität des Urteils. Gerade aber darum wird niemand sich von diesem neuen in das offizielle Gewand des Propagandisten gekleideten Lord Lothian überzeugen lassen, da seine heutigen Äußerungen angesichts seiner früheren Haltung einfach ungläubig sind.

Gerade in Amerika hat man ein gutes Gedächtnis für solche Dinge und die Stimmen mehrten sich, die sich dagegen wehren, daß englische Propagandisten ihre offizielle Mission mißbrauchen, um Amerika an ihre Seite zu locken und zur Verletzung amerikanischer Interessen zu verführen.

## Deutsch-Slowakische Freundschaft

Montag vormittag wurde die von der slowakisch-deutschen Gesellschaft im Rahmen der Amtseinführungsfest der Ersten Direktors der slowakischen Universität, Dr. Tula, veranstaltete deutsche Buchausstellung in Preßburg eröffnet.

Die Eröffnung der Ausstellung gestaltete sich zu einem kulturpolitischen Ereignis, dessen Bedeutung durch die Anwesenheit der gesamten slowakischen Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Dr. Tula noch unterstrichen wurde. Es waren ferner u. a. anwesend der deutsche Gesandte mit den Mitgliedern der Gesandtschaft, der italienische und der ungarische Gesandte, der rumänische Gesandtschaftsträger sowie die übrigen Mitglieder des Diplomatischen Korps, die Abordnung der deutschen Hochschulen unter Führung des Reichsdezernentenführer 44-Brigadeführers Dr. Walther Schulze, München, und des Rektors der Berliner Universität Dr. Hoppe, der Ehrenvorsitzende der Reichskriegshilfskommission Dr. Blund, die Abordnung der russischen Hochschulen unter Führung des Ministers Kallanow, der Vertreter der slowakischen Hochschulen Dr. von Euler-Delpin sowie führende Männer des slowakischen Geisteslebens, der Politik und der Wirtschaft.

Der Vorsitzende der slowakisch-deutschen Gesellschaft, Ministerpräsident Dr. Tula, verwies in seiner Begrüßungsansprache auf das Frische des von den Weltmächten in Versailles gegründeten „Friedenskonzerns“, der das slowakische Volk anstatt ihm seine Freiheit zu geben, einer stillen dieses Konzerns geweiht hat, und erinnerte daran, mit welchen Hoffnungen das slowakische Volk die vom Führer in Angriff genommene Liquidierung des betrügerischen Konzerns verfolgt habe.

Wenn er in seinem Telegramm an den Führer ankündigte, der Gründung der slowakisch-deutschen Gesellschaft vor einem Jahr erklärt habe, so betonte der Ministerpräsident, das slowakische Volk sei bereit, im Ernstfall an der Seite des deutschen Volkes auch zu kämpfen, so habe der polnische Feldzug bewiesen, daß die slowakische Nation ein gegebenes Treueversprechen auch zu halten wisse, obwohl die demokratische Welt vor einem Jahr dieses Versprechen der Slowaken in echt demokratischer Auffassung von Freundschafts- und Bündnisversicherungen nur ironisiert habe.

Das slowakische Volk wolle und werde dem deutschen Volke und seinem Führer auch in alle Zukunft die Treue bewahren, die durch keine Macht der Erde zu erschüttern sei. Heute, wo der deutsche Soldat im Westen Wache halte, helfe ihm der slowakische Arbeiter, die Waffen schmieden.

Die deutsche Buchausstellung gebe dem slowakischen Volke Gelegenheit, die auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet bereits bewährte Freundschaft und Zusammenarbeit nunmehr auch auf kulturellem Gebiet enger und intensiver zu gestalten. So wie der Weltfall ein unüberwindliches militärisches Bollwerk des deutschen Volkes sei, so sei das deutsche Buch ein unüberwindliches Bollwerk des slowakischen und deutschen Schrifttums, das gemäß keine Aufgabe als kulturelles und völkerverbindendes Element in der ganzen Welt erfüllen werde.